



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.  
im Rat der Stadt Köln

An den  
Vorsitzenden des Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn  
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 26.09.2011

**AN/1767/2011**

**Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	13.10.2011

**Bildungsstelle gegen politischen Extremismus**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der Bürgerbewegung PRO KÖLN im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 13. Oktober zu setzen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Aufgabengebiet der derzeitigen Bildungsstelle [gegen Rechtsextremismus](#) um das Arbeitsfeld Linksextremismus zu erweitern.

Zur Begründung:

Wie eine Mitteilung der Kölner Polizei für die Hauptausschusssitzung am 12. September 2011 ergeben hat, konnten laut Kriminalstatistik allein in Köln 290 politische Straftaten mit linksextremem Hintergrund für die Jahre 2008 bis 2009 festgestellt werden. Rechtsextreme Straftaten konnten in der Sitzung von der Verwaltung nicht ausgewiesen werden. Die Stadt Köln hat 2007 eine aus dem städtischen Haushalt finanzierte Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus eingerichtet, die anscheinend so erfolgreich gearbeitet hat, dass die Zahl der Straftaten erfreulich niedrig ist. Vor diesem Hintergrund sollte die steuerfinanzierte Einrichtung, die nicht von wenigen als reiner Versorgungsposten für Aktivisten aus einem linken Spektrum geleitet wird, ihr Tätigkeitsfeld dem gesamten verfassungsfeindlichen politischen Extremismus widmen. Es gilt als wissenschaftlich erwiesen, dass gemäß der Hufeisen-theorie beide politischen Extremismusformen theoretische und aktivistische Gemeinsamkeiten haben, sodass ohne nennenswerten personellen oder sachlichen Aufwand das Aufgabenfeld Linksextremismus bearbeitet werden kann. Nur ein wehrhafter Staat mit einer freiheitlich-demokratischen Verfassung kann tatsächlich tolerant sein und plurale gesellschaftliche Strukturen zulassen, ohne um seine Abschaffung fürchten zu müssen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Jörg Uckermann

gez. Markus Wiener